



Abteilung Hermsdorf Infobrief # 15 September – Oktober 2022

Liebe Mitglieder und Interessierte,

der Auftakt einer Veranstaltungsreihe zur Verkehrswende in Reinickendorf und Berlin, die Diskussion über Armutsbekämpfung in der Energiekrise im Vorfeld unseres Landesparteitags, ein Rückblick auf den Neustart im Bezirksamt und in der BVV, die Schulwegsicherheit in Hermsdorf – dieser Infobrief zeigt: Sozialdemokratische Politik ist in unserem Bezirk und in unserer Stadt in Schwung gekommen. Und doch bleibt die Unsicherheit groß. Wir wissen nicht, wie es weitergehen wird mit dem Krieg gegen die Ukraine. Und eine mögliche Wahlwiederholung könnte die Handlungsfähigkeit der Berliner Politik in einer kritischen Situation einschränken. Wir vertrauen auf gute Lösungen im Interesse der Menschen unserer Stadt!
Ihr/euer Abteilungsvorstand

Mehr Informationen auch unter spd-in-hermsdorf.de

UNSER THEMA

Das Berliner Mobilitätsgesetz und seine Auswirkungen auf Reinickendorf

Horst Mentz im Bürgerbüro von Sven Meyer MdA

„Die Verkehrswende beginnt in den Außenbezirken!“ Zum Auftakt einer Veranstaltungsreihe zu Verkehr und Mobilität im Bürgerbüro von Sven Meyer MdA stellte Horst Mentz, Lehrbeauftragter für nachhaltige städtische Mobilität und Stellv. Vorsitzender des Fachausschusses Mobilität, die verkehrspolitischen Herausforderungen für unseren Bezirk vor.

Berlin wächst überdurchschnittlich: Bis 2030 werden rd. 4 Millionen Einwohner erwartet. Eine regionale Siedlungs- und Verkehrsplanung über die Stadtgrenzen hinaus ist zwingend erforderlich. Die Gesellschaft altert: Das verlangt barrierefreie Mobilität. Neue Mobilitätskonzepte brau-



Horst Mentz bei seinem Impulsreferat

chen eine smarte Infrastruktur: Die „intelligente Laterne“ lädt die Batterien von Fahrzeugen, überwacht den Parkraum und unterstützt das autonome Fahren. Und nicht

zuletzt muss der CO₂ - Ausstoß im Verkehrsbereich endlich verringert werden. Berlin ist eine polyzentrische Stadt mit kurzen Wegen. Die Stadt ist verhältnismäßig gering motorisiert: 43% der Haushalte sind ohne eigenes Auto. 300.000 Menschen pendeln zur Arbeit in die Stadt hinein, und weitere 175.000 aus der Stadt heraus - wobei zwei Drittel dieser Wege mit dem Auto zurückgelegt werden. Besonders was den ÖPNV angeht, haben West- und Ost-Berlin sich unterschiedlich entwickelt.

Der Anteil der mit dem Fahrrad zurückgelegten Wege ist in den letzten Jahren kontinuierlich gestiegen und lag 2018 bei 18%, während der Motorisierte Individualverkehr rückläufig ist (26% in 2018); 30% der Wege werden zu Fuß zurückgelegt und 27% mit Bus oder Bahn - wobei die jeweils zurückgelegten Wegstrecken unterschiedlich lang sind. Der Radverkehr wächst besonders in der Innenstadt mit den dort gut ausgebauten Radwegen; in Reinickendorf lag der Anteil nur bei 12%. Auch der Anteil der Haushalte ohne eigenen PKW ist in der Innenstadt mit dem dort dichten Nahverkehrsnetz deutlich geringer als in den Außenbezirken.

Als erstes Bundesland hat Berlin 2018 ein Mobilitätsgesetz auf den Weg gebracht. Vier von sechs vorgesehenen Bausteinen liegen inzwischen vor: Neben einem allgemeinen Teil sind dies die Bereiche Öffentlicher Personen-Nahverkehr, Radverkehr und Fußverkehr; Wirtschaftsverkehr und digitale Mobilität stehen noch aus. Die Teilbereiche sind jeweils mit einem eigenen Planungswerk unterfüttert, das laufend fortgeschrieben wird:

- Der Stadtentwicklungsplan Mobilität und Verkehr Berlin 2030 (Stand: März 2021) sieht vor, den Anteil des Umweltverbundes (Fuß- und Radverkehr sowie

ÖPNV) auf 82% zu steigern, womit der Motorisierte Individualverkehr auf 18% abgesenkt wird.

- Der Nahverkehrsplan 2019-2023 (Stand: Februar 2019) legt Qualitätsstandards wie Taktzeiten oder Haltestellen-Abstände sowie Infrastrukturmaßnahmen fest. Für Reinickendorf wichtige Ausbauprojekte sind die Verlängerung der Straßenbahn von der Turmstraße über den ehemaligen Flughafen Tegel nach Spandau und der Anschluss des Flughafengeländes an die U-Bahnlinie 6. Das Konzept i 2030 für den Schienenverkehr in der Region sieht die Wiederinbetriebnahme der Heidekrautbahn-Stammstrecke (mit Wasserstoff-betriebenen Zügen) und den Ausbau der S 25 nach Hennigsdorf mit Verlängerung bis Velten vor. Der „Prignitz-Express“ wird dagegen weiter auf dem Umweg über Spandau statt über Tegel zum Gesundbrunnen fahren; für den Bahnübergang Gorkistraße zeichnet sich keine Lösung ab.
- Der Radverkehrsplan (Stand: September 2021) sieht ein Radverkehrsnetz von 2.371 km vor, davon 865 km im Radvorrangnetz. Der Plan legt sehr ambitionierte Qualitätsstandards mit einem entsprechenden Raumbedarf fest. Das Vorrangnetz soll als erstes ausgebaut werden; das bis 2030 jährlich schnell steigende Ausbau-Tempo ist ebenfalls sehr ambitioniert. Zusätzlich werden bezirks- und länderübergreifende Rad-Schnellrouten geplant.
- Ein Fußverkehrsplan soll bis 2024 vorliegen; er wird ähnliche Qualitäts- und Ausbau-Vorgaben enthalten wie der Radverkehrsplan.



Im Bürgerbüro von Sven Meyer

Das Berliner Mobilitätsgesetz ist ein guter und wichtiger verkehrspolitischer Schritt. Planungsprozesse brauchen Dialog und Teilhabe; in anderen Großstädten wie z.B. in München werden praktische Lösungen häufiger als bei uns in Modellversuchen gesucht und erprobt. Verkehrspolitik ist in erster Linie Aufgabe und Zuständigkeit der Senatsverwaltung; die Bezirke sind für die Detailplanung des Radwege-Ergänzungsnetzes zuständig und können sich bei der

Fortschreibung des Nahverkehrsplans einbringen, z.B. bei der Planung von Buslinien. Qualitätsstandards sind wichtig, sollten aber flexible Lösungen nicht blockieren. In Reinickendorf brauchen wir Radwege auf Straßen mit Kopfsteinpflaster - das wird in Städten wie Erfurt einfacher gelöst als der Berliner Radverkehrsplan es vorgibt. Und der Straßenraum ist an vielen Stellen so eng, dass ein normgerechter Ausbau von Rad- und Fußwegen nur schwer denkbar ist. Für Politik und Verwaltung geht die Arbeit jetzt erst richtig los.

(Alle Verkehrspläne sind auf der Internetseite der Senatsverwaltung für Umwelt, Mobilität, Verbraucher- und Klimaschutz leicht abrufbar:

<https://www.berlin.de/sen/uvk/verkehr/>)

Thomas Koch

ZWISCHENRUF

Radfahren in der Schulzendorfer Straße

Ich fahre gerne Rad. Fahrradfahren ist gesund und es schont die Umwelt. Leider sind die Bedingungen in Hermsdorf denkbar schlecht: entlang der Hauptverkehrsstraßen gibt es teilweise keine oder sehr schmale Radwege, die Nebenstraßen verfügen zum größten Teil über Kopfsteinpflaster. Daher weichen viele Radfahrende verbotenerweise (!) auf Gehwege aus und nehmen den Zufußgehenden ihren Raum. Zumindest fällt dabei auch den Radfahrenden auf, dass es in Hermsdorf (zu) wenige Bordsteinabsenkungen gibt. Das bisherige Verwaltungshandeln, Bordsteine nur umzubauen, wenn ohnehin an der Straße gebaut wird, ist unbedingt zu überdenken.

Aber nun zur Schulzendorfer Straße. Sie ist asphaltiert und wird von vielen Radfahrenden genutzt. Neuerdings ist sie auch zum Wald hin fahrradfreundlich umgestaltet, was mich dazu veranlasst, jetzt auch Umwege, z.B. auf dem Weg in die Heinstestraße, in Kauf zu nehmen. Ein ständiges Ärgernis dabei ist, dass ich auf dem Rad für viele Autofahrende anscheinend keine gleichberechtigte Verkehrsteilnehmende bin. Komme ich Ihnen im Auto entgegen, findet eine Verständigung statt, mal fahre ich in die Parklücke, mal der andere. Bin ich mit dem Rad unterwegs, glauben viele Autofahrende eine Bevorrechtigung zu haben. Sie erwarten von mir, dass ich abbremsen und ausweichen, auch wenn das Hindernis (parkendes

Auto) auf ihrer Seite ist. Sie beanspruchen selbstverständlich, einem Naturgesetz gleich, die mir zustehende Fahrbahnhälfte. Am liebsten möchte ich diese Autofahrenden nochmal zur Fahrschule schicken, um die Vorfahrtsregeln auffrischen zu lassen.

Rücksichtnahme ist das Gebot der Stunde, das allerdings für alle Verkehrsteilnehmenden gilt.

Angela Budweg

AUS UNSERER ABTEILUNG

Erfolgreicher Start in der BVV

Marco Käber, SPD-Fraktionsvorsitzender, zu Gast in der Abteilungsversammlung

Die Zählgemeinschaft aus SPD, Grünen und FDP will mehr als nur den Bezirksbürgermeister stellen. In einer Vereinbarung haben die drei Fraktionen ihre gemeinsamen Ziele und Vorhaben für die kommenden fünf Jahre festgelegt. In der Abteilungsversammlung am 30. August 2022 berichtete Marco Käber vom ersten halben Jahr gemeinsamer Arbeit in der Bezirksverordnetenversammlung (BVV).

Erste große Herausforderung war die Aufstellung des Haushaltsplans. Die Vorgaben aus dem Senat waren zunächst unklar, der bezirkliche Haushaltsplan konnte unter diesen Umständen wenig mehr als eine bloße Fortschreibung der bestehenden Ansätze sein. Die CDU wollte auf zusätzlichen Personalstellen bestehen, wobei jedoch die zusätzlichen Kosten nicht verlässlich zu kalkulieren waren und nicht absehbar war, ob der Bezirk diese Mehrausgaben würde leisten können. Trotz aller Kompromissangebote kam es zu keiner Einigung: Zum ersten Mal seit Bestehen der BVV haben nicht alle Fraktionen, die mit Stadträtinnen oder -räten im Bezirkssamt vertreten sind, den Haushalt mitgetragen. Bewertung von Marco Käber: „Die haben voll dagegen gehalten. Die wollten die Zählgemeinschaft stürzen!“



Marco Käber bei unserer AV

Beschlossen wurde der Haushalt mit der Mehrheit der Zählgemeinschaft dennoch - wobei diese Mehrheit mit nur einer Stimme denkbar knapp ist. Das Bündnis der drei Parteien ist stabil und kann eine Kraftprobe bestehen. Die Zusammenarbeit mit den anderen Fraktionen ist gut, bei allen politischen Gegensätzen gerade auch mit der FDP-Fraktion. Die Zählgemeinschaft hat sich darauf verständigt, Anträge in der BVV nur gemeinsam zu stellen und auch in der Öffentlichkeit möglichst geschlossen aufzutreten. Dadurch erhalten unsere Anträge in der BVV ein entsprechend großes

politisches Gewicht, aber die sozialdemokratische Handschrift in der Arbeit unserer Fraktion wird nach außen weniger gut sichtbar. Für die Arbeit der Parteigremien, auch der Abteilungen, ist das eine neue Herausforderung. Die nächsten Schritte in der BVV sind klar. Die pauschalen Minderungen sind nicht so einschneidend wie zunächst befürchtet, im Personalbereich

wird es einen bescheidenen Aufwuchs geben: Bei einer Klausurtagung wird die Zählergemeinschaft verabreden, wie wir diese Spielräume nutzen und Schwerpunkte im Sinne unserer Zählergemeinschaftsvereinbarung setzen.

Thomas Koch

AUS DER SPD REINICKENDORF

Menschen unterstützen – Gewinne umverteilen – Armut bekämpfen

Raed Saleh, Landes- und Fraktionsvorsitzender, bei der Kreisdelegiertenversammlung

Mit dem brutalen und völkerrechtswidrigen Angriff Russlands auf die Ukraine ist auch für die SPD eine Welt zusammengebrochen. Die Zeitenwende, von der Olaf Scholz zurecht im Bundestag gesprochen hat, muss es auch im sozialen Bereich geben. Es gibt finanziellen Spielraum, weil durch die Preissteigerungen in der Krise auch die Steuereinnahmen sprudeln. Es gilt nun, die Menschen mit den Gewinnen aus der Krise zu unterstützen. Die Führung der Berliner SPD gehörte zu den ersten, die das im Bund eingefordert haben - und Berlin geht selbst mit gutem Beispiel voran, etwa mit einem eigenen Nachfolge-Angebot für das Neun-Euro-Ticket.

Politik muss die Armut bekämpfen. Wir müssen Systemstrukturen in Frage stellen und zum Beispiel den Strompreis vom Gaspreis abkoppeln. Die soziale Infrastruktur, zum Beispiel die Wohlfahrtsverbände, muss gestärkt werden. Denn Armut macht krank! Raed persönlich ist für einen Verzicht auf die Mehrwertsteuer bei Lebensmitteln (ausdrücklich nicht bei Luxusgütern).



Raed Saleh im Rathaus Reinickendorf

Und Politik muss die Mittelschicht entlasten. Viele Menschen, die bisher auf die eigene Stärke vertrauten, haben jetzt Angst und hoffen auf staatliche Unterstützung.

„Das Festhalten an der Schuldenbremse ist falsch.“ Raed Saleh will mittelständische Betriebe stärken und hinterfragt für

den Bund die „Schwarze Null“, diesen „Fetisch der Konservativen“. Die Situation ist schwierig. Für Hunderttausende geht es um die Existenz. Es ist sehr viel Geld in Umlauf, und es gibt sehr viel Ungleichheit. Es geht also um eine echte Verteilungsfrage. Wir müssen in Berlin handeln und

im Bund unsere Forderungen stellen. Wir müssen Dinge angehen, von denen wir bisher dachten, dass es keine Mehrheit dafür gebe, zum Beispiel eine echte Erbschaftssteuer.

Thomas Koch

AUS DER BVV

Mehr Schulwegsicherheit für die Schülerinnen und Schüler der Gustav-Dreyer-Schule

Viele Eltern der Gustav-Dreyer-Schule sorgen sich um die Schulwegsicherheit ihrer Kinder. Die Schule verfügt über zwei Schuleingänge. Einer davon liegt in der Fichtestraße. Auf einer Gesamtlänge von rd. 240 m finden sich zudem der Eingang zum Hort sowie zu zwei Kitas, was mit hohem Bringe- und Holverkehr verbunden ist. Zudem wird häufig unübersichtlich und verkehrswidrig geparkt. Bauliche Maßnahmen, wie z.B. Bodenschwellen, sind umstritten und für die Anordnung eines Zebrastreifens ist vermutlich zu wenig Fußgängerverkehr vorhanden. Wir sind der Meinung, dass die Anordnung eines sog. verkehrsberuhigten Bereiches eine einfache und schnell umzusetzende Maßnahme wäre, die auch die Neuordnung des ruhenden Verkehrs ermöglicht und so



Wen kümmert das absolute Halteverbot?

zu mehr Übersichtlichkeit des Straßenraums beiträgt. Einen entsprechenden Antrag haben wir nun in die BVV eingebracht.

Angela Budweg

Die nächste BVV findet statt am 12.10.22 ab 17:00 Uhr und kann hier verfolgt werden:

<https://www.youtube.com/channel/UCB0dSJe3sdwCyENzFixSCDw>



Impressum

Infobrief der Abteilung Hermsdorf des Kreisverbands Reinickendorf der SPD Berlin, Waidmannsluster Damm 149, 13469 Berlin. Der Infobrief erscheint ca. alle zwei Monate und wird an die Mitglieder der Abteilung und interessierte Personen verteilt.

info@spd-in-hermsdorf.de
